

Zweckgebundene Steuern können nicht erhoben werden

Im Wahlkampf werden Forderungen erhoben, bestimmte Steuern oder Mittel aus Steuererhöhungen gezielt zur Finanzierung von ganz bestimmten Staatsaufgaben einzusetzen. Die Ausgaben sollen für die Schuldentilgung oder für Bildung eingesetzt werden können. Solche Forderungen sind problematisch. Denn als Steuer wird eine Geldleistung ohne Anspruch auf Gegenleistung im Gesetz bezeichnet.

Eine solche Verbindung von bestimmten Steuerereinnahmen zu bestimmten Staatsausgaben, gibt es nicht. Auch das bestehende Mischsystem im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern macht die Zuordnung einer Steuereinnahme zu einer staatlichen Ausgabe unmöglich.

Niemand ist heute imstande nachzuvollziehen, ob die gezahlten Steuern in diesem System auf kommunaler oder Landesebene in Projekte und Investitionen fließen, für die die Steuern angeblich eingenommen wurden. Auch werden beispielsweise die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer nicht oder nicht nur für den Straßenbau eingesetzt. Die Einnahmen daraus stehen auch anderen

Haushaltszwecken zur Verfügung. Ein wesentlicher Hintergrund für Überlegungen zu Steuererhöhungen ist der Umstand, dass es aus politischen Gründen in den nächsten Jahren nur schwer gelingen wird, das Haushaltsdefizit zu reduzieren.



Mit der Einführung der Schuldenbremse wurde der Bund verpflichtet, seine Nettoverschuldung ab 2016 auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu reduzieren.

Den Bundesländern ist es ab 2020 verboten, neue Schulden aufzunehmen. Zur Erreichung des Zieles gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Steuern zu erhöhen oder Ausgaben zu senken. Mit Forderungen nach zweckgebundenen Steuererhöhungen will sich die Politik eine Option geben

lassen, die Haushaltsprobleme zu lösen. Für die Entstehung der Schulden verantwortlich sind die von uns gewählten Politiker in den Parlamenten, die über die Einnahmen und Ausgaben des Staates entscheiden.

Wenn die Steuereinnahmen zur Ausgabendeckung nicht ausreichen, entscheidet man sich für die Schuldenaufnahme. Schließlich haben die Bürger viele Wünsche, deren Erfüllung sie sich vom Staat erhoffen. Dabei vergessen sie jedoch leicht, dass die Erfüllung der Wünsche dazu führt, dass der Staat zu viel Geld ausgibt. Für viele Politiker liegt die Lösung von Einnahmenproblemen auf der Hand: Steuererhöhungen statt Schulden. In aktuellen Wahlprogrammen wird vielfach nichts dazu gesagt, dass Steuererhöhungen auch negative Folgewirkungen haben können. Deswegen führen höhere Steuersätze keineswegs automatisch zu steigenden Einnahmen des Staates. Denn Unternehmer ebenso wie Arbeitnehmer reagieren auf die zunehmende Belastung. Aber in Wahlkampfzeiten ist die Welt eben oft ganz einfach und man verdrängt die wesentlichen Gesichtspunkte.

Reinhard Hühn (HA/thb)